

Die Regierung äussert sich zum Thema Prostitution

Laut dem Zürcher Regierungsrat wird bereits viel getan gegen den Menschenhandel und die Prostitution. Dies schreibt er in einer Vorstossantwort.

Sven Hoti

«Für eine wirksame Bekämpfung und Verhütung von Menschenhandel wird sowohl schweizweit als auch im Kanton Zürich viel getan», schreibt der Regierungsrat in seiner Antwort auf eine Anfrage der Kantonsrätinnen Janine Vannaz (Mitte/Aesch), Sonja Rueff-Frenkel (FDP/Zürich) und Nina Fehr Düsel (SVP/Küsnacht). Verschiedene Massnahmen und Anlaufstellen sollen ausserdem Prostituierten die Integration in die Gesellschaft erleichtern.

Zwar seien für die Regelungen bezüglich Prostitution grundsätzlich die Gemeinden zuständig, hält der Regierungsrat fest. Dennoch habe der Kanton im September 2022 je 50 000 Franken an drei Hilfsorganisationen ausgezahlt. Die Organisationen entwickeln Programme, um Betroffenen den Ausstieg aus der Prostitution zu erleichtern. Die Umsetzung wird voraussichtlich zwei Jahre dauern. Der Regierungsrat schreibt: «Nach Abschluss der zweijährigen Projektphase wird sich zeigen, ob weitere Massnahmen angezeigt sind.»

Wieder mehr Strafen wegen unerlaubter Prostitution

In einer Anfrage von Anfang Januar wollten Hauptunterzeichnerin Vannaz und ihre Mitunterzeichnerinnen Rueff-Frenkel und Fehr Düsel vom Regierungsrat wissen, welche Massnahmen bereits ergriffen wurden, um den Betroffenen den Ausstieg aus der Prostitution und ihre Integration in die Gesellschaft zu erleichtern. Zudem wollten sie in Erfahrung bringen, wie der Kanton das Problem mit dem Menschenhandel in den Griff bekommen will. Ebenfalls von Belang für die Unterzeichnerinnen waren die Fragen, wie häufig und weswegen Prostituierte bisher auf ihre Papiere kontrolliert wurden.

Der Regierungsrat kann zu Letzterem keine konkreten Zahlen nennen. Er zitiert aber die kantonale Kriminalstatistik 2021, wonach 2021 insgesamt 631 und 2020 total 474 Straftaten im Zusammenhang mit der unzulässigen Ausübung der Prostitution begangen wurden. Davor waren es deren 555 (2019), 680 (2018) und 820 (2017). Häufig sei die beschuldigte Person gleichzeitig wegen Missachtungen der Meldepflicht, rechtswidriger Aufenthalte und/oder unbewilligter Erwerbstätigkeit verurteilt worden.

Kein Bedarf für weitere Massnahmen

Was den Kampf gegen den Menschenhandel angeht, zitiert der Regierungsrat mehrere bereits ergriffene Massnahmen. So habe man etwa die Istanbul-Konvention beschlossen, ein internationales Übereinkommen, das sich gegen Gewalt an



Prostitution gehe mit Menschenhandel, Gewalt, Ausbeutung und Machtmissbrauch einher. Der Ausstieg sei schwierig, schrieben drei Kantonsrätinnen in einer Anfrage. Symbolbild: Ennio Leanza/Keystone

Frauen und häusliche Gewalt richtet. Am 6. Oktober 2021 habe der Regierungsrat zudem die Verordnung über die Kommission zur Bekämpfung von Menschenhandel erlassen. Seit 2022 erhalte die Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration FIZ ausserdem jährlich einen kantonalen Beitrag für die Unterbringung von Opfern in den Schutzunterkünften.

Bei der Integration von Ausländerinnen und Ausländern sieht der Regierungsrat keinen Grund für weitere Massnahmen. Auf nationaler Ebene gebe es mit dem Ausländer- und Integrationsgesetz bereits gesetzliche Grundlagen für die Förderung der Integration. Bund, Kantone und Gemeinden setzten zudem zusätzliche Mittel für die spezifische Integrationsförderung ein. Seit 2014 erfolge dies im Rahmen von kantonalen Integrationsprogrammen. Im Kanton Zürich wäre die Fachstelle Integration der Direktion der Justiz und des Innern zuständig.

Darüber hinaus käme die Rückkehr- und Wiedereingliederungshilfe des Bundes nicht nur Asylsuchenden, sondern auch Prostituierten zugute, die aus dem Gewerbe aussteigen möchten, sowie Opfern von Menschenhandel, betont der Regierungsrat weiter. Die Hilfe soll asylsuchenden Personen die Rückkehr und die Wiedereingliederung in ihr Heimatland erleichtern. Die Rückkehrberatungsstelle des Kantonalen

«Irgendwie scheint es, dass das Problem überhaupt nicht gelöst ist.»



Janine Vannaz
Kantonsrätin (Mitte/Aesch)

Sozialamts führe zudem kostenlose, vertrauliche und unverbindliche Beratungen durch.

Der Preisdruck führt zu «gefährlichem Verhalten»

Prostitution gehe mit Menschenhandel, Gewalt, Ausbeutung und Machtmissbrauch einher, begründeten die Kantonsrätinnen ihren Vorstoss. Der Ausstieg gestalte sich unter anderem wegen fehlender Sprach- und Rechtskenntnisse als schwierig. Die Unterzeichnerinnen verwiesen in ihrem Vorstoss zudem auf einen Medienbericht, der Zürich als «Hotspot der afrikanisch-organisierten Kriminalität für Menschenhandel» bezeichnete. Auch andere Berichte waren zum Schluss gekommen, dass insbesondere an der Zürcher Langstrasse ein Teil der Prostituierten im Auftrag von nigerianischen Banden operierten.

Bereits in seiner Antwort auf einen Vorstoss von 2019 hatte der Zürcher Regierungsrat die schwierige Situation der Prostituierten anerkannt. «Je nach Art und Ausübung» sei Prostitution mit «erheblichen» sozialen, finanziellen und gesundheitlichen Risiken verbunden, schrieb er. Insbesondere die finanzielle Situation habe sich tendenziell verschlechtert, der Preisdruck habe zu «gefährlichem Verhalten» geführt. Daher bestehe ein grosser Bedarf an Informations- und Präventionsangeboten durch diverse Organisationen sowie Kontrolle durch die Regio-

nalabteilungen der Kantonspolizei.

Vannaz will weitere Vorstösse einreichen

Die Aescher Hauptunterzeichnerin Janine Vannaz (Mitte) gibt sich auf Anfrage nicht vollumfänglich zufrieden mit der Regierungsantwort. «Grundsätzlich wurde der Regierungsrat ein bisschen deutlicher als bei meiner letzten Anfrage zum Thema, was erfreulich ist.» Er gehe aber überhaupt nicht auf den von ihr erwähnten Medienbericht ein. «Im Gegenteil: Irgendwie versucht er einfach den Unterschied zwischen Menschenhandel und Prostitution erklären zu wollen.»

Der Regierungsrat halte zum Thema Integration zwar fest, dass es sehr viele Beratungsstellen gebe. «Irgendwie scheint es aber trotzdem speziell, dass das Problem überhaupt nicht gelöst ist», sagt Vannaz. Die zweijährige Projektphase der eingangs erwähnten Hilfsorganisationen, die je 50 000 Franken vom Kanton erhalten, lasse zudem aufhorchen. «Was genau ist das für ein Projekt? Wie ist es definiert? Was ist das Ziel? Wie wird es gemessen? Untersteht es einer Zwischenprüfung?»

Viele Fragen sind für Vannaz noch offen. Einen Teil der bereits gestellten Fragen habe der Regierungsrat zudem gar nicht beantwortet. Sie überlegt sich deshalb, diesbezüglich weitere Vorstösse zu lancieren.

Friedensaufrufe in berstend vollem Grossmünster

Ukraine Mehrere hundert Personen haben am Freitagabend im Grossmünster in der Stadt Zürich an einem Gedenk Anlass zum Jahrestag des russischen Angriffs auf die Ukraine teilgenommen: Sie zeigten sich hilflos, wütend und entsetzt. Im Chor des Grossmünsters brannten während des Anlasses 365 Kerzen. Dies als Zeichen, dass kein einziger Tag des vergangenen Jahres vergessen gehen dürfe, sagte Grossmünsterpfarrer Christoph Sigrist.

Denn genau ein Jahr ist es her, dass Russland die völkerrechtlich anerkannte Ukraine überfallen hat, wie die Zürcher Stadtpräsidentin Corine Mauch (SP) in ihrer Rede festhielt. «Und ich bin – wie wir alle – unvermindert entsetzt über diese Aggression.» Russland trete das Völkerrecht und die Menschenrechte Tag für Tag mit Füßen. Den Gedenk Anlass in der Kirche zum Jahrestag des russischen Angriffs auf die Ukraine organisierten die Stadt Zürich und das Grossmünster in Zusammenarbeit mit Vertreterinnen und Vertretern der ukrainischen Diaspora sowie dem Verein Standup4democracy. (sda)

Nachrichten

Mann nach Verkehrsunfall tödlich verletzt

Unfall I Nach einem Verkehrsunfall auf der A1 in der Nähe der Einfahrt Zürich Seebach wurde ein Mann tödlich verletzt, wie die Kantonspolizei Zürich mitteilt. Kurz vor Mitternacht ereignete sich am Freitag in Richtung St. Gallen zunächst eine Streifkollision zwischen zwei Autos. Nachdem die zwei beteiligten Fahrzeuglenker ihre Autos auf der rechten Seite angehalten hatten, verliess einer der beiden sein Fahrzeug. Dabei wurde er von einem nachfolgenden Auto erfasst und weggeschleudert. Nach Polizeiangaben erlag der 61-Jährige noch auf der Unfallstelle seinen Verletzungen. Die genaue Unfallursache wird durch die Kantonspolizei Zürich in Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft Zürich-Sihl abgeklärt. (liz)

Frau von Tram erfasst und schwer verletzt

Unfall II Von einem Tram erfasst, ist eine Frau am Samstagmittag in Zürich schwer verletzt worden. Die 56-Jährige wollte nach Polizeiangaben kurz nach 16.30 Uhr im Kreis 5 vom Fischerweg her die Hardturmstrasse überqueren. Nach einer Erstversorgung durch die Ambulanz vor Ort wurde die Frau ins Spital gebracht. (sda)

Waldhütte durch Brand zerstört

Feuer Beim Brand einer Waldhütte in Windlach in der Zürcher Gemeinde Stadel ist am Samstagmorgen ein Sachschaden von über hunderttausend Franken entstanden. Verletzt wurde niemand. Ursache dürfte Brandstiftung sein. (sda)